

- □□ **Regierung und Medien lügen wieder**

Wie üblich verbreitet die Bundesregierung falsche Angaben zu den aktuellen Arbeitslosenzahlen. Der Großteil der Medien beteiligt sich an der offenbar mutwilligen Täuschung der Öffentlichkeit durch die Bundesagentur für Arbeit (BA). So geben offizielle Mitteilungen an, es wären im vergangenen Monat Februar 3.317.000 Menschen erwerbsarbeitslos gewesen.

Da diese Zahl zudem laut offizieller Statistik im Vergleich zum Vormonat Januar um 33.000 gesunken ist, wird sie allgemein als Erfolgsmeldung bejubelt. Darüber hinaus wird die 3.000.000-Marke ohne rationale Begründung als "psychologisch wichtig" deklariert, deren Unterschreitung weiterhin angestrebt werde. Aus dem offiziellen Monatsbericht der BA geht allerdings hervor, dass die für die Öffentlichkeit bereit gestellten Zahlen nicht wahr sind.

Tatsächlich erfasst die BA in ihrer eigenen offiziellen Statistik für den Monat Februar insgesamt 4.287.280

Erwerbsarbeitslose. Noch höher ist die Zahl aller SGB-Leistungsbezieher. In ihr sind auch Menschen in prekärer Beschäftigung enthalten, deren Erwerbseinkommen nicht das Existenzminimum abdeckt und die daher auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sind.

Die im Monatsbericht der BA auf Seite Sechs genannte Zahl von 5.732.000 Lohnersatzleistungen nach dem SGB III oder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II ist dagegen ebenfalls nicht korrekt bzw. unvollständig. Tatsächlich gab es im Februar insgesamt 7.605.352 Leistungsempfänger. Diese Zahl findet sich in den Tabellen im Schlussteil des Monatsberichts.

Sie ist eine rein statistische Angabe der BA, enthält also nur die offiziell statistisch erfassten Arbeitslosengeldbezieher, die Empfänger von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II, sowie von Sozialgeld für nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige. Nicht erfasst wird die verdeckte Arbeitslosigkeit, d.h. Menschen, die Leistungsanspruch haben, diesen aber nicht geltend machen.

Diese Zahl wird teilweise auf bis zu 5 Millionen geschätzt. Darüber hinaus können auch die Leih- und Zeitarbeiter zur faktischen Erwerbsarbeitslosigkeit im weitesten Sinne gezählt werden. Inzwischen wird davon ausgegangen, dass ihre Zahl in diesem Jahr auf mehr als eine Million ansteigen wird.

Hintergrund der statistischen Manipulation der Arbeitslosenzahlen ist eine Umdefinition des offiziell politisch anerkannten Status eines Menschen als erwerbsarbeitslos. So zählen Teilnehmer an sogenannten "arbeitsmarktpolitischen" Maßnahmen wie Weiterbildungen oder Ein-Euro-Jobs nicht mehr als arbeitslos, obwohl sie keiner regulären Beschäftigung nachgehen und weiterhin auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts angewiesen sind.

- **Mangel im Überfluss**

Mehr als die Hälfte unserer Lebensmittel landet im Müll. Das meiste bereits auf dem Weg vom Acker in den Laden. Dies berichtet der WDR. Ein knapp halbstündiger Film des Senders widmet sich dieser Thematik. Bis zu 20 Millionen Tonnen Lebensmittel würden jedes Jahr allein in Deutschland weggeworfen. Dies entspreche etwa 500.000 LKW-Ladungen. Die Tendenz sei

weiterhin steigend.

Die WDR-Dokumentation beleuchtet Hintergründe und Folgen dieser "Wegwerfkultur". Nicht erwähnt wird allerdings die "Armutsindustrie": Ein Großteil des Mülls landet bei den sogenannten Tafeln. Dies sind ehrenamtlich betriebene Einrichtungen für die vor allem Lebensmittelausgabe an erwerbsarbeitslose Bedürftige. Der Einzelhandel spart durch seine "Müllspenden" die Müllbeseitigungskosten, und kann diese darüber hinaus beim Finanzamt geltend machen.

- ☐☐ **Teuerungsrate**

Der Verbraucherpreisindex in Deutschland wird sich im Februar 2011 voraussichtlich um 2,0 Prozent im Vergleich zum Februar 2010 erhöhen. Gegenüber Januar 2011 wird der Verbraucherpreisindex voraussichtlich um 0,5 Prozent steigen.

Dies teil das Statistische

Bundesamt (Destatis) nach
bisher vorliegenden
Ergebnissen mit.
Wie in den vergangenen
Monaten wird die
Teuerungsrate maßgeblich
durch starke
Preiserhöhungen bei
leichtem Heizöl und
Kraftstoffen sowie bei Strom
bestimmt.

- □ □ Stuttgart 21 - Blockade

Bei einem
"Blockiererfrühstück" der
Parkschützer in Stuttgart
versammelten sich am
Dienstagmorgen etwa
60 bis 70

Demonstranten am Bauzaun der Grundwasserabsenkanlage neben dem Südflügel des Hauptbahnhofs. Die Bürger protestierten gegen die fortgesetzten Baumaßnahmen und forderten einen sofortigen Baustopp. Ca. 20 der Anwesenden blockierten die

Bauarbeiten zusätzlich mit einer friedlichen Sitzblockade vor dem Bauzaun-Tor und wichen nicht, trotz der Aufforderung durch die Polizei.

Die Blockade endete etwa um 8 Uhr mit der

Räumung durch die
Polizei: Die Polizei
musste die 20
Sitzblockierer mit etwa
40 Beamten wegtragen
bzw. weggeleiten. Drei
Tieflader und fünf
weitere Baufahrzeuge
seien durch die
Anwesenden zwischen
6:30 Uhr und 8 Uhr an
der Einfahrt auf das

Gelände gehindert
worden, so die
Parkschützer. Das
"Blockiererfrühstück"
findet wöchentlich statt
und ist eine
Protestaktion der
Parkschützer gegen das
Bahnprojekt "Stuttgart
21".

- □ □

Bürgerbeteiligung als Mitgestaltung

Zur
Bundesratsinitiative
der Landesregierung

von
Baden-Württemberg
für mehr
Öffentlichkeitsbeteiligung bei Großvorhaben
meint Reinhard Hackl,
Landesvorstandssprecher von Mehr
Demokratie e.V.:
"Mehr Dialog und
mehr Transparenz

sind zwar wichtige
Voraussetzungen für
eine bessere
Bürgerbeteiligung,
mehr aber auch nicht.
Nur wenn die Bürger
zu Beginn oder am
Ende eines Projektes
die Möglichkeit haben
darüber abzustimmen,
wird daraus mehr

Bürgerbeteiligung."

Dies war die zentrale
Konsequenz für
Schlichter Heiner
Geißler aus Stuttgart
21. Deswegen soll die
Möglichkeit von

Bürgerentscheiden bei Großprojekten gesetzlich verankert werden. Hackl: "Mit dem Vorschlag einer ‚Vorerörterung‘ geben Ministerpräsident Stefan Mappus und Innenminister Heribert Rech keine Antwort auf die Frage, wie

mehr
Bürgerbeteiligung in
Zukunft aussehen
soll."

- □ □ Lügenbaron ist abgetreten

Am Dienstagmittag
ist Karl-Theodor etc.
pp. von und zu und
wer weiß was

Gutenberg von allen
Ämtern zurück
getreten. Neben
seinem Amt als
Verteidigungsministe
r gibt er damit auch
sein Mandat als
Bundestagsabgeord
neter auf. In seiner
nicht zitierwürdigen

Rücktrittserklärung
versuchte er sich wie
bereits in den
vergangenen Tagen
als Opfer zu
stilisieren.

Wie die Berliner

Morgenpost
berichtete, benutzte
der Baron am
häufigsten die Worte
"Verantwortung" und
"Soldaten".
Kanzler-Darstellerin
Merkel hatte trotz
anhaltender Proteste
und eines Briefes

von Doktoranden bis
zuletzt zu ihrem
Plagiator gestanden.
Sie bedauerte den
Rücktritt und sei
überrascht gewesen,
behauptete sie nach
der Erklärung ihres
Barons.

Dem Rücktritt war
eine wochenlange
Posse voran
gegangen. Nachdem
die ersten
Plagiatsvorwürfe
aufgetaucht waren,
hatte Guttenberg

noch alles
abgestritten. Später
sprach er von
"handwerklichen
Fehlern", schließlich
von "gravierenden
Fehlern", bestritt
aber bis zuletzt
einen bewussten
Täuschungsversuch.

Der Nachfolger von
Guttenbergs
Doktorvater, Oliver
Lepsius, schwenkte
unterdessen mit
drastischen Worten
die Fahne für das
ramponierte Image
der Bayreuther
Universität.

Der Baron hatte
aufgrund eines zu
schlechten Examins
mit einer
Ausnahmegernehmig
ung von einem
CSU-nahen Dekan
trotzdem

promovieren dürfen,
und für seine
Dissertation ein
"summa cum laude"
bekommen. Man sei
einem Betrüger
aufgesessen, hatte
der Bayreuther
Juraprofessor
Lepsius erklärt. Er

attestierte
Guttenberg aufgrund
seines Abstreitens
des allzu deutlichen
Tatbestandes einen
"Realitätsverlust"
und interessierte
sich für die Meinung
von Psychologen
über die

Gemütsverfassung des Ex-Ministers.

Am Samstag
demonstrierten
mehrere hundert
Demonstranten in
Berlin gegen den

Plagiator. Sie
skandierten unter
anderem
"Lügenbaron" und
forderten den
Rücktritt
Guttenbergs. Auf der
Internet-Plattform
GuttenPlag
beteiligen sich

zahlreiche Aktivisten
an der Untersuchung
von Gutenbergs
Dissertation. Sie
veröffentlichten
jüngst einen zweiten
Zwischenbericht
über den aktuellen
Stand ihrer
Untersuchung.

Demgemäß wurden
inzwischen 82% aller
Seiten der
Dissertation,
ausgenommen
Inhalts- und
Literaturverzeichnis,
als Plagiat entlarvt.

Dies entspricht 324 von 393 Seiten mit plagiierten Stellen. In dieser Statistik sind insbesondere noch zahlreiche Textstellen, die aus den Berichten der Wissenschaftlichen Dienste des

Bundestages
übernommen
wurden, nicht
enthalten.

Die Aktivisten
wiederholen die
bereits in einem

ersten

Zwischenbericht

veröffentlichte

Erklärung, dass in

der Dissertation

Guttenbergs in

erheblichem

Ausmaß fremde

Quellen verwendet

und als eigener Text

ausgegeben wurden.
Art und Weise des
Plagiiereus lasse
darauf schließen,
dass dieses
Vorgehen kein
Versehen war,
sondern absichtlich
geschah.

Kritik wird auch
weiterhin an
Guttenbergs
Verhalten geübt. Da
der Baron auch in
seiner
Rücktrittserklärung
seine bisherigen

Aussagen, dass er
nicht bewusst
plagiiert habe, nicht
revidierte, bezweifle
man sein
aufrichtiges
Interesse, an der
Aufklärung der
Vorwürfe
mitzuwirken, heißt es

in dem
Zwischenbericht.
Nach dem Abschluss
der Untersuchung
der Dissertation
sollen die
Ergebnisse dieser in
einem
Abschlussbericht
veröffentlicht

werden.

Bereits letzte Woche
hatte die Plattform
angekündigt, rund 30
weitere
Doktorarbeiten
untersuchen zu

wollen. Sämtliche
Dissertationen aus
dem Kabinett
Merkel, darunter
auch die Arbeiten
von
Kanzler-Darstellerin
Merkel,
Außenminister-Darst
eller Westerwelle

sowie weiterer
Kabinettsmitglieder
mit Dokortitel, sollen
auf den Prüfstand.
Eine erfolgreiche
politische Karriere
unter einem
akademischen Titel
fuße nicht
zwangsläufig auf

ehrlicher Arbeit, so
die Aktivisten von
GuttenPlag.

- □ □ Union will Internetzensur

Die Union will nun
doch wieder

Internetsperren
einführen. Die
Bundestagsfraktion
richtete einen
Aufruf an den
Innenminister.
Dabei beruft man
sich eine
Untersuchung des

Bundeskriminalamt
s. Im Oktober des
vergangenen
Jahres waren dort
sechs Mitarbeiter
relativ erfolglos mit
dem Löschen von
Internetseiten mit
kinderpornographis

chen Inhalten auf
zumeist
amerikanischen
Servern
beschäftigt.

Aus Reihen der

FDP kam
dementsprechende
Kritik: Wer nur
sechs Personen
einsetze, dürfe sich
nicht über
schlechte
Löschergebnisse
beschweren. Die

FDP hatte in den
Koalitionsverhandlu-
ngen die
Aussetzung des
bereits
beschlossenen
sogenannten
Zugangerschweru-
ngsgesetz für die

Sperrung von
Internetseiten mit
Missbrauchsabbild
ungen
durchgesetzt. Die
vereinbarte
Aussetzungsfrist ist
aber am 28.
Februar

ausgelaufen.

Das BKA erklärte,
dass im
vergangenen Jahr
nur sechs von zehn
Löschversuchen

erfolgreich
gewesen seien.
Nur rund die Hälfte
aller Löschersuche
der Behörde in die
USA oder nach
Russland seien
erfüllt worden. Eine
Untersuchung von

Bürgerrechtsorgani
sation zur
Tauglichkeit von
Internetsperren im
Bereich
Kindesmissbrauch
hatte ergeben,
dass die
Strafverfolgungsbeh

örden in Länder wie
Großbritannien,
Schweden und
Dänemark gar nicht
erst versuchten,
entsprechende
Webseiten löschen
zu lassen.

Beteiligt an der
Untersuchung war
auch der
Arbeitskreis gegen
Internetsperren und
Zensur (AK
Zensur). Diesem

war es gelungen,
Webseiten mit
Missbrauchsabbild
ungen innerhalb
kürzester Zeit von
den Servern
löschen zu lassen.
Der AK Zensur und
viele weitere

Kritiker des
Zugangerschweru
ngsgesetzes sehen
darin einen
verdeckten
Versuch, auf dem
Rücken (bereits)
missbrauchter
Kinder die

Internet-Zensur
durch die
Regierung
einzuführen.

Auch die Piraten
fordern die

Abschaffung des
Zugangsschweru
ngsgesetzes und
beharren auf der
Beibehaltung der
jetzigen Praxis:
"Löschen statt
Sperrern" sei der
einzige gangbare

Weg, heißt es in
einer Mitteilung der
Partei. "Dass die
Union erneut
Vorstöße
unternimmt, ohne
die in der Koalition
vereinbarte
Evaluierungszeit

abzuwarten zeigt,
dass es hier nicht
um sachgerechte
Lösungen, sondern
um die
schnellstmögliche
Einführung einer
Zensurinfrastruktur
für das Internet

geht."

Websperren
könnten einfach
umgangen und
Pädophile daher
nicht am Konsum

von
Kindesmissbrauch
gehindert werden.
Zugleich würden
auch die Täter
gewarnt, die somit
sich selbst in
Sicherheit bringen
und dieses Material

auf anderen
Servern erneut ins
Netz stellen
könnten. Die
Piraten fordern
stattdessen eine
technisch und
finanziell optimal
ausgestattete

Strafverfolgungsbe
hörde und eine
bessere
Abstimmung der
internationalen
Strafverfolgungsbe
hörden.

"Ein freies und ungefiltertes Internet ist die Grundlage jeder freien Gesellschaft und es spricht Bände gegen die Union, dass sie es in dieser Situation

mit einer auch noch
sachfremden
Begründung wie
der Pornografie mit
Kindern
einschränken will",
so die Piraten. Es
bleibe zu hoffen,
dass nicht erneut

das
Bundesverfassungs-
gericht den "Irrweg"
der Union stoppen
muss.

- □ □

Korruptionsverd acht bei

nigerianischer Tochterfirma

Erneut besteht
Korruptionsverdacht
im

Zusammenhang
mit einer
deutschen
Baufirma.
Betroffen ist
diesmal das
Unternehmen
Bilfinger Berger

Nigeria,
Wiesbadener
Tochterfirma des
Baukonzerns
Bilfinger Berger.
Genauere
Einzelheiten sind
derzeit nicht

bekannt. Sowohl
die
Staatsanwaltschaft
in Frankfurt als
auch die Firma
selbst nahmen
noch keine
Stellung. Nach

Medienberichten
stehe bislang nur
fest, dass
Mitarbeiter der
Firma im Jahre
2004 in Nigeria
insgesamt
170.000

US-Dollar an
staatliche Stellen
gezahlt haben
sollen.

Die Ermittlungen
hatte der Konzern

selbst ins Rollen
gebracht.
Mitarbeiter
kontaktierten die
Staatsanwaltschaft
aufgrund von
Hinweisen aus
den USA. Auch

dort gehe man
Korruptionsfällen
in Nigeria nach.
Bilfinger Berger
wolle sowohl mit
amerikanischen
wie auch mit
deutschen

Ermittlungsbehörden kooperieren, heißt es.

In den vergangenen Jahren waren die

Aktivitäten der
Firma in Nigeria
bereits zwei mal
in Verdacht
geraten. Es hatte
dabei jedoch
keine
Ermittlungen bzw.

deren
letztendliche
Einstellung
gegeben. In dem
afrikanischen
Land ist Bilfinger
Berger über das
nigerianische

Tochterunternehmen
en Julius Berger
seit langem an
städtischen und
infrastrukturellen
Baumaßnahmen
beteiligt.

In dem
Zusammenhang
wird auch über
Wikileaks-Dokum
ente berichtet.
Aus diesen solle
eine enge
Verbindung der

Firma mit der
nigerianischen
wie auch
deutschen Politik
hervor gehen.
Das Auswärtige
Amt habe
bestätigt, dass

man für
Dienstwohnungen
Miete an Bilfinger
Berger zahle,
sowie bei
Staatsbesuchen
gegen Bezahlung
Fahrzeuge, Boote

oder Flugzeuge
des
Unternehmens
verwende.

Geschrieben von: Baraka

Dienstag, den 01. März 2011 um 22:24 Uhr

{jcomments on}